

«Alibiübung» und «dürftig»: Schelte für die Regierung

Berner Zeitung, 22.3.2011

BZ BERNER ZEITUNG

Burgdorf beantragt dem Regierungsrat, die Frage über die künftigen Standorte der Fachhochschule neu zu beurteilen. Er habe Fakten, die für Burgdorf sprächen, missachtet und falsch gewichtet.



Nun wird massiv gekontert: Elisabeth Zäch und Peter Hänsenbeger zerplücken Punkt für Punkt die Argumente der Regierung. Bild: Urs Baumann

«Das Projekt ‚Campus‘ ist so, wie es vom Regierungsrat aufgegleist wurde, als kostenintensive Alibiübung zu werten, bei der Burgdorf das Bauernopfer ist», sagte Regula Gloor, Vizepräsidentin des Handels- und Industrievereins Emmental, gestern. Und Grossrat Samuel Leuenberger (BDP), zugleich Präsident des Vereins Region Emmental, hielt fest: «Kommen wir mit unserem Anliegen im Kantonsparlament nicht durch, werden wir das akzeptieren; wir sind aber überzeugt, dass die Regierung bei ihrem Entscheid diverse Fakten nicht berücksichtigt hat.» Die SP-Grossrätin und Burgdorfer Stadtpräsidentin Elisabeth Zäch schliesslich kritisierte: «100 bis 300

Millionen Franken wird der Campus in Biel kosten, in Burgdorf schafft man Leerraum, und in Bern bleiben die verschiedenen Standorte bis auf weiteres verzettelt – das ist für viel Geld eine dürftige Lösung.»

Diese Worte fielen gestern an einer Medienkonferenz. Für einmal hatten die Emmentaler Entscheidungsträger die Journalistinnen und Journalisten nicht nach Burgdorf oder Langnau geladen, sondern dorthin, wo sie ihren Kampf zu führen gedenken: ins Berner Rathaus. Den seit Anfang Februar bekannten Entscheid des Regierungsrats, das Tech in Burgdorf zu schliessen und die Berner Fachhochschule in Bern und Biel zu konzentrieren, nahmen die Politiker der Regionen Emmental und Oberaargau nicht tatenlos hin. Sie analysierten die Abfuhr aufgrund von Akten und Fakten und zogen den Schluss: Die regierungsrätliche Standortbewertung weise Mängel auf, und es sei mit ungleichen Ellen gemessen worden.

Antrag, Vorstösse, Petition

Die detaillierten Erkenntnisse sind in einem Bericht nachzulesen, den die Verfechter des Campus Burgdorf den Medien gestern präsentierten (Text unten). Aufgrund dieses Papiers stellt die Stadt Burgdorf, unterstützt von der regionalen Politik, der Wirtschaft sowie den Regionen Emmental und Oberaargau, dem Regierungsrat den Antrag, dass der Schliessungsentscheid zurückzunehmen sei. Die Standortfragen seien «unter Berücksichtigung aller wichtigen Kriterien neu zu beurteilen», wie es in den Unterlagen heisst. Flankiert wird der Antrag von vier parlamentarischen Vorstössen und einer Petition, die laut Elisabeth Zäch seit dem Start vor zwei Wochen bereits 5000 Personen unterzeichneten.